

Wachstum um welchen Preis?

Chinas Wirtschaft ist sehr viel besser durch das Krisenjahr 2020 gekommen als die meisten anderen Ökonomien. Hinter starken Wachstumswerten verbergen sich allerdings auch wachsende Ungleichgewichte und Risiken. Die Debatte über nachhaltige Wirtschaftsentwicklung nimmt deshalb im Vorfeld des 14. Fünfjahresplans an Fahrt auf.

Laut IWF schrumpfte die Weltwirtschaft aufgrund der Covid-19-Pandemie im letzten Jahr um 3,5 Prozent – die schwerste Rezession in Friedenszeiten seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Die USA lagen mit einem Negativwachstum von 3,4 Prozent knapp über dem globalen Durchschnitt, die Eurozone brach dagegen um satte 7,2 Prozent ein. Mit einem Positivwachstum von 2,3 Prozent hat China die Krise bemerkenswert gut überstanden. Für die Weltwirtschaft und insbesondere auch für die deutsche Exportindustrie war China wie schon während der letzten globalen Rezession 2008 bis 2009 die wichtigste Stütze.

Erfolgsfaktoren im Krisenjahr 2020

Im Wesentlichen lässt sich Chinas wirtschaftlicher Erfolg auf drei Faktoren zurückführen: Erstens spiegelt Chinas robuste Wachstumsleistung die nach anfänglichen Fehlern effektive Bewältigung der Pandemie wider. China war als erstes Land in die Krise gestürzt. Dafür setzte die Erholung in China nicht nur früher ein, sie war aufgrund der umfassenden Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auch beständiger. Auch wenn das Virus in China noch nicht komplett ausgerottet ist, eine „zweite Welle“ wie in den USA oder in Europa gab es nicht.

Zweitens profitierte China von einer starken Auslandsnachfrage. Konsumenten auf der ganzen Welt konnten über Monate nicht reisen oder in Restaurants gehen und haben deshalb mehr Geld für Konsumgüter ausgegeben. Außerdem ist in der Pandemie die Nachfrage nach pharmazeutischen Pro-

Chinas Regierung fördert den Infrastrukturausbau: Nach kurzer Coronapause wird wieder gebaut – so wie in Zhoushan/ Zhejiang.



Foto: IMAGO / ZUMA Press

dukten und IT-Ausrüstung stark gestiegen. Davon profitierte die chinesische Exportindustrie wie keine andere. Chinas Exporte legten 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent zu, und der Handelsbilanzüberschuss wuchs gegenüber 2019 um ganze 27 Prozent auf 535 Milliarden US-Dollar.

Drittens hat der chinesische Staat mit umfassenden Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur reagiert. Das im Mai 2020 geschnürte Stimuluspaket hatte einen Umfang von rund 3,6 Billionen Yuan (circa fünf Prozent des BIPs im Jahr 2020). Zum Vergleich: Das Stimuluspaket von 2008 betrug etwa vier Billionen Yuan (circa 12,5 Prozent des BIPs im Jahr 2008). Die Regierung war bemüht, die Fehler von 2008 nicht zu wiederholen. Anstatt den Kredithahn für Unternehmen und Lokalregierungen unkontrolliert aufzudrehen, hat Chinas Führung mehr auf fiskalpolitische Maßnahmen der Zentralregierung gesetzt und Lokalregierungen Vorgaben zur Vergabe von Anleihen gemacht. Das Wachstum wurde durch die Maßnahmen wie erwünscht angekurbelt.

Wachstumstreiber dämpfen Umstrukturierung

Allerdings haben die konjunkturellen Stützungsmaßnahmen genau die Bereiche der Wirtschaft befeuert, deren Bedeutung im Sinne einer nachhaltigen Umstrukturierung des chinesischen Wachstumsmodells sinken müsste. Die Haupttreiber der wirtschaftlichen Erholung waren Investitionen im Immobiliensektor und in der Industrieproduktion. Knapp 30 Prozent aller Kredite gingen 2020 an den Immobiliensektor, der ein Wachstum von sieben Prozent verzeichnete.

Während die Stimulusprogramme in den meisten entwickelten Volkswirtschaften vergleichsweise stark auf eine Stützung von Arbeitnehmern abzielten (in den USA durch Direktzahlungen, in der EU durch staatliche Unterstützung für Kurzarbeit), war Chinas Stimuluspaket stärker investitions- und unternehmensorientiert. Private Haushalte waren eher sekundäre Nutznießer der staatlichen Maßnahmen. Die Einzelhandelsumsätze konnten sich vom Absturz zu Beginn des Jahres nur sehr schleppend erholen und sind deshalb im Gesamtjahr um insgesamt 3,9 Prozent gesunken.

Peking hat in den letzten Jahren an der Umstrukturierung des unausgewogenen Wachstumsmodells gearbeitet – weg von Investitionen und Export und hin zu Konsum und Innovation. Auch bei der Bekämpfung von Risiken im Finanzsystem durch eine Verringerung der Überschuldung von Unternehmen und Lokalregierungen wurden Fortschritte erzielt. Das Krisenjahr 2020 hat beiden Vorhaben einen Dämpfer verpasst.

Das Konsumwachstum erholte sich zwar im letzten Quartal 2020 auf 2,6 Prozent, bleibt damit aber immer noch unter Vorkrisenniveau. Insgesamt sank der Konsum 2020 um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Konsumanteil des chinesischen BIPs ist von 57,8 im Jahr 2019 auf 54,3 im Jahr 2020 gesunken. Die in den vergangenen Jahren mühsam erreichte Erhöhung des Konsumanteils hat einen nicht unerheblichen Rückschritt erfahren.

Außerdem ist Chinas Gesamtverschuldung stark gestiegen – von 255 Prozent des BIPs im Jahr 2019 auf 280 Prozent im Jahr 2020. Eine steigende Zahl von Zahlungsausfällen bei Unternehmensanleihen sowie Finanzierungsschwierigkeiten mehrerer kleiner und mittlerer Banken in China sprechen zudem dafür, dass die Pandemie das Problem von faulen Krediten im Finanzsystem verschlimmert hat.

Neue Reformimpulse?

Es mehren sich die Anzeichen, dass die Sorge über die ungleichmäßige Erholung der Wirtschaft in Peking wächst. Zum einen hat im Rahmen einer Sitzung des Politbüros im Dezember wieder einmal ein neues wirtschaftspolitisches Schlagwort Einzug in den offiziellen Sprachgebrauch erhalten – „nachfrageseitige Reformen“. In den vergangenen Jahren haben die sogenannten „angebotsseitigen Strukturreformen“ zur Erhöhung von Effizienz und Qualität der Industrieproduktion die Reformagenda dominiert. Nun soll auch auf die Unterstützung privater Haushalte ein größerer Fokus gelegt werden, um den Konsumanteil gegenüber Investitionen und Export zu stärken. Einzelheiten sind bisher nicht bekannt. Nötig wären Strukturreformen, die die Einkommensverteilung zugunsten der unteren und mittleren Einkommensgruppen verbessern. Wichtige Impulse hierfür könnten beispielsweise eine Verbesserung des sozialen Sicherheitsnetzes, eine Reform der Landnutzungsrechte in ländlichen Gebieten oder eine Reform der Hukou-Registrierung bringen. Ob tatsächlich Bewegung in diese seit Langem stockenden Reformvorhaben kommt, bleibt abzuwarten.

Außerdem hat die Debatte über die Sinnhaftigkeit von nationalen BIP-Wachstumszielen in Peking an Fahrt aufgenommen. Aufgrund der Pandemie hatte die Regierung 2020 zum ersten Mal seit Jahrzehnten kein jährliches Wachstumsziel ausgegeben. Nun scheint es in Regierungskreisen Überlegungen zu geben, diese Ziele sogar dauerhaft abzuschaffen. Ma Jun, Vorsitzender des Ausschusses für Geldpolitik und ehemaliger Chef der Zentralbank, wies in einer Rede im Januar darauf hin, dass nationale Wachstumsziele die Gefahr einer Überschuldung von Lokalregierungen erhöhen. Die Zentralregierung solle statt des BIP-Wachstums besser die Arbeitslosenquote sowie die Inflation in den Blick nehmen. Die Provinzregierungen haben derweil Fakten geschaffen. Ein Großteil hat bereits ehrgeizige Wachstumsziele für 2021 festgelegt.

Der 14. Fünfjahresplan, der im März verabschiedet werden soll, wird Aufschluss darüber geben, welche Reformschwerpunkte die Regierung setzen wird. Sollte er tatsächlich zum ersten Mal seit 35 Jahren kein Wachstumsziel für die kommenden fünf Jahre enthalten, wäre dies aus Sicht des APAs ein willkommenes Zeichen dafür, dass Peking in Zukunft mehr Wert auf qualitatives Wachstum und marktgetriebene Ressourcenallokation als auf das Erreichen quantitativer Wachstumsziele legt.

APA-Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff

f.schaff@apa.bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1409

Patricia Schetelig

P.Schetelig@bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1532

www.asien-pazifik-ausschuss.de